

Kommentar

Jens Sitarek

zur Abschiebung
eines Afghanen



Im falschen Bundesland

Ein Flüchtling aus dem Landkreis Hall war unter den 26 Afghanen, die am Montag mit dem Flugzeug von Frankfurt nach Kabul abgeschoben wurden. Jamshid Heydari war kein Straftäter, aber er war alleinstehend, sein Asylantrag wurde bereits 2014 abgelehnt, er hatte ein Passersatzpapier, und er war gegen 13 Uhr zufällig in seiner Wohnung, als die Polizei kam. In Afghanistan hat er jetzt niemanden, seine Familie lebt in Deutschland und im Iran. Wer sich mit dem Fall Heydari beschäftigt, wird das Gefühl nicht los, dass der Asylantrag hätte neu bewertet werden müssen.

Abschiebung ist Ländersache, die Bundesregierung ist lediglich unterstützend tätig. Sie ist der Auffassung, dass Teile Afghanistans ausreichend sicher sind. Das sehen viele anders, sogar viele Bundesländer. Immer häufiger verweigern sie sich. Bei der ersten Sammelabschiebung von Afghanen im Dezember beteiligten sich noch Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und das Saarland. Bei der zweiten am Montag beteiligten sich nur Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hamburg. Wenn Europa sich in Flüchtlingsfragen schon nicht einig ist, dann sollte es wenigstens Deutschland sein. Und wenn keine Einigkeit herrscht, wird auch nicht abgeschoben. Es kann doch nicht sein, dass Jamshid Heydari nur das Pech hatte, im falschen Bundesland zu leben.